

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

11.4.1924 (No. 87)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedient
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. E. N. D.,
Karlsruhe

Wesungpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1^{1/2} mm Höhe und ein Lebenszeit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Anbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Inverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Wohnungsbau 1924

•• Nach der dritten Steuernotverordnung müssen mindestens 10 v. H. der vom bebauten Grundbesitz zu erhebenden besonderen Steuer zur Förderung der Neubautätigkeit verwendet werden. In Preußen wurde beschloffen, die Hälfte hierfür zu verwenden. Im Hinblick hierauf hat der badische Landtag mit Entschließung vom 3. April 1924 die Regierung ersucht, alsbald Mittel bereitzustellen zur Gewährung von Hypothekendarlehen für den Kleinwohnungsbau. Da jedoch die Möglichkeit und das Maß der Bereitstellung von Mitteln von der Gestalt der badischen Gesetzgebung über die besondere Steuer vom bebauten Grundbesitz abhängt und dieses Gesetz noch nicht erlassen ist, können Bewilligungen von Hypothekendarlehen freilich zunächst noch nicht erfolgen. Damit dies aber sofort nach Bereitstellung der Mittel geschehen kann, empfiehlt es sich, daß nunmehr jeder, der im laufenden Jahre einen Wohnungsbau unter Zinsanspruchnahme dieser Mittel auszuführen beabsichtigt, sich baldigst über seinen Plan endgültig schlüssig macht und sodann — einweisen unter Verwendgung der bisher vorgeschriebenen Fragebogen — den Antrag durch Vermittlung des Bürgermeisters einreicht.

Bei der Entschließung darüber, ob er bauen kann und will, wird sich allerdings der Bauherr darüber klar sein müssen, daß die Baukosten in Goldmark die Vorkriegskosten nicht unerheblich übersteigen, und daß bei der schwierigen Finanzlage des Landes und der Gemeinden nur mit einem bescheidenen Zuschuß von dieser Seite gerechnet werden kann; das Bauvorhaben wird also nur dann Aussicht auf Verwirklichung haben, wenn die Baukosten mindestens zwei Drittel der Baukosten mit Sicherheit selbst aufbringen oder von dritter Seite erhalten und späterhin die daraus sich ergebenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen auch tragen kann; da und dort wird es aber auch der Gemeinde möglich sein, ihm durch Bewilligung eines höheren Darlehens die Finanzierung zu erleichtern. Die Bewilligen werden voraussichtlich in der Form von verbandsfähigen zunächst nur nieder verzinslichen, tilgbaren Hypothekendarlehen gegeben werden.

Hugo Stinnes †

Im Berliner Westsanatorium ist Hugo Stinnes Donnerstag abend gestorben. Stinnes hatte sich vor mehreren Wochen wegen eines Gallensteinleidens einer Operation unterzogen. Später stellte sich die Notwendigkeit eines zweiten und dann eines dritten Eingriffes heraus. Das Befinden besserte sich zunächst so, daß die Ärzte hofften, Stinnes in nächster Zeit eine Reise nach dem Süden zu gestatten. Mittwochs trat unerwartet hohes Fieber als Folge einer Komplikation auf. Am Donnerstag verschlechterte sich das Befinden weiter. Am Krankenbett hatte sich Frau Stinnes und seine 5 Kinder eingefunden.

Stinnes hat nur ein Alter von 64 Jahren erreicht. Sein Aufstieg zur gewaltigen privatwirtschaftlichen Potenz wuchs des Kontinents in wenigen Jahren war eines der eigenartigsten Phänomene des neuen Jahrhunderts. Was er geworden ist, die Macht, die in tausend Händen in seiner Hand zusammengeballt war, war das Produkt einer der eigenen Person gegenüber unerbittlichen Schaffenskraft. In die Politik trat er eigentlich erst mit der Konferenz von Spa im Sommer 1920. Sein Glaube war, daß das Land und das Volk, das er auf seine Weise liebte, ihn, wenn der Starren am Schlimmsten verfahren sein werde, als den tatkräftigsten und erprobtesten Unternehmer rufen werde. Soweit kam es nicht. Zu einer Diktatur Stinnes hatte das deutsche Volk keine Lust. Aber Lehntausende konnten sich in abgöttischer Bewunderung, in Nachahmung seiner Tendenzen nicht genug tun, und, was bezeichnend ist, diese Anhänger waren ihm nicht nur aus der urteilslosen Masse zugewandt, sondern aus den Schichten der eigenen Berufsgruppen und schärfsten Konkurrenten. Aus dem Wirtschaftsrat, aus dem Reichsverband, wo sie zusammensaßen, wurde, wie die „Recht. Ztg.“ berichtet, erzählt, daß in die dortige Sprachentwicklung sofort Schweigen einzog, wenn er das Wort ergriff, er, der schwerverständliche, nüchterne, schamlose Redner. Was gab ihm diesen Einfluß? Zunächst die subjektive Hochachtung gerade solcher Auditorien vor der Verkörperung des größten materiellen Erfolges. Dann aber auch der Respekt vor der sittlichen Größe, die ein von beispiellos harter und ernster Arbeit ausgefülltes Berufsleben von mehr als 30 Jahren wohl verleihen kann. Endlich und vor allem die Anerkennung des überragenden Weltbildes dieses merkwürdigen Mannes, für den es keine Terra incognita gab, weder geographisch, noch stofflich, noch zeitlich. Dies war eigentlich das Wesen des Phänomens, das in der ganzen Welt bestaunt wurde. Jetzt muß sich zeigen, wie weit das ganze ungeheure gute Reich eine wirklich durchkonstruierte Maschine darstellt, wie weit die Verwaltungsorganisationen durchgegliedert, die Finanzlage gesichert ist, wie weit die einzelnen Abteilungen selbständig oder geschlossenen miteinander weiterarbeiten können, und welche Objekte etwa als Ballast aus dieser — keineswegs im landläufigen Sinne spekulativen — Kombination abgeworfen werden sollen und können.

Wirtschaftliche Umschau

Im Angesicht der Wahlen verwirren sich die Ansichten über die augenblicklich lebenswichtigsten Dinge immer mehr. Man scheint — wenigstens hat man den Eindruck bei vielen Wählern und Wahlartikeln — all die Vorfälle, all das vergessene zu wollen, was man im Spätherbst vorigen Jahres für hart, aber für unumgänglich notwendig hielt. Damals wurde das Programm der Reichsregierung allgemein anerkannt, daß, um eine stabile Währung herzustellen, es vor allem erforderlich sei, mit Hilfe rücksichtsloser Sparmaßnahmen die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen und überdies durch gesetzliche Maßnahmen auf allen Gebieten u. a. zur Herstellung einer aktiven Handelsbilanz und zur Ausgleichung der Zahlungsbilanz alles Erforderliche und Menschenmögliche zu tun.

Von den großen Defizitquellen waren die Kosten für Ausführung des Friedensvertrags ein offener Posten und sind es bis heute geblieben, die auswärtige Politik mußte sich darauf beschränken, hier möglichst Erleichterung zu schaffen. Sogleich war man sich einig, daß der außerordentlich kostspielige Ruhrkampf beendet werden müsse, der ungeheure Summen für die Unterstützung der Arbeitslosen erforderte und die unmittelbare Ursache zum völligen Zusammenbruch der Währung war. Die Betriebsverwaltungen, Eisenbahn, Post usw. mußten auf sich selbst gestellt werden und ebenso sollen ohne Zuschüsse Länder und Gemeinden auskommen. Die Folge davon war Beamtenabbau, Erhöhung der Arbeitszeit usw. Die Reste der Zwangswirtschaft mit ihren Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln mußten fallen.

Seitdem ist die Reichsregierung, die nur Provisorisches durch Notmaßnahmen schaffen konnte, weil der schwerwiegende Posten Kosten des Versailler Vertrags die Schaffung von Endgültigem verhinberte, zielbewußt und zweifellos mit Erfolg vorgegangen. Man hat immer wieder aufgebaut, wo aufs Neue einstürzte, immer neue Stützmauern angelegt, wo Gefahr drohte, mit einer Unverdorrenheit und Tapferkeit, die, wenn das deutsche Volk nicht national so zerrissen wäre, in allen Kreisen hätten Anerkennung und überall selbstlose Unterstützung finden müssen.

Es wurden neue Steuergesetze, die Notverordnungen erlassen, die überorganisierte Verwaltung abgebaut, die Ausgaben der einzelnen Reichsverwaltungen kontingentiert, die Notenpresse wurde stillgelegt und das Reich empfing nach Gründung der Rentenbank von dieser einen Kredit von 900 Millionen Mark, der dazu dienen sollte, die Verwaltungsausgaben mitzubestreiten, bis die Steuereinnahmen allein dies gestatten.

Wider Erwarten gut ist bisher alles noch gegangen. Der 900 Millionenkredit der Rentenbank schien von vornherein unzureichend, da u. a. riesige Summen für die Arbeitslosenunterstützungen im besetzten Gebiet, weiter gewährt, die Volksernährung sichergestellt werden mußte und niemand wußte, was die Abwicklung des Ruhrkampfes kosten werde, wie den Finanznöten der Länder und Gemeinden abgeholfen werden könne. Es geschah ohne Frage das Menschenmögliche von Seiten des Reichsfinanzministeriums, um ohne Zinsanspruchnahme der Notenpresse weiter zu wirtschaften. Die Bauten des Reichs wurden in der Übergangszeit stillgelegt, die fälligen Beamtengehälter konnten nur teilweise bezahlt werden, dabei mußte die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet weiter geleistet, die Besatzungskosten getragen, die verschiedenen interalliierten Kommissionen unterhalten werden.

Und dennoch hat der Rentenbankkredit seine Übergangsfunktion bis heute erfüllt, weil eben nichts mehr da und zu erhalten war und alle Kräfte angespannt werden mußten, um mit dem Vorhandenen auszukommen. Der letzte Ausweis über die Finanzlage des Reichs besagt, daß der März einen Überschuß von 41,2 Millionen gebracht hat und von dem Rentenbankkredit, der somit entgegen allen Befürchtungen immer wieder vor seiner Erschöpfung geschützt werden konnte, etwa 750 Millionen Goldmark verbraucht sind. Wie ernst die Lage aber trotzdem ist, sagt schon die Tatsache, daß in ungewöhnlichem Maße einmalige Steuern, die das Wirtschaftsleben aufs Schwerste belasten, zu diesem Resultat beigetragen haben.

Der neueste Ausweis über den deutschen Außenhandel, die Handelsbilanz im Februar zeigt eine weitere tiefere

Erscheinung, auf deren voraussetzliches Eintreten wir schon in unserer letzten Betrachtung an dieser Stelle hinwiesen. Während im Januar die Einfuhr einen Wert von 568 Millionen Mark hatte, beträgt die Ziffer für Februar 718 Millionen, die Ausfuhrziffer lautet für Januar 431 Millionen, für Februar 446 Millionen. Also: eine weitere starke Steigerung der Einfuhr, der nur eine verhältnismäßig geringe Zunahme der Ausfuhr gegenüber steht.

Dabei ist die Steigerung bei den Fertigwaren besonders bedenklich, während die Lebensmitteleinfuhr, also eine notwendige Einfuhr, zurückgegangen ist. Der große Teil der Einfuhr fällt allerdings auf die Rohstoffe, es kann somit wieder ein teilweiser Ausgleich erfolgen, wenn diese, zu Fertigwaren verarbeitet, wieder ausgeführt und nicht zum größten Teil im Inland konsumiert werden.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß das Gebot für unsere Wirtschaft, von dem die Erhaltung der Stabilität unserer Währung abhängt, augenblicklich das ist, daß nur lebensnotwendige Einfuhrwaren nach Deutschland hereinkommen, während die Ausfuhr mit allen Mitteln gesteigert werden muß. Das, was für Bananen, Apfelsinen, Spigen, Seidenwaren, Vergnügungsreisen an deutschem Geld ins Ausland geht, mußte im Inland bleiben, zumal gerade manche Länder, auch neutrale, wie Spanien und die Schweiz, eine Zollpolitik betreiben, welche die deutsche Einfuhr außerordentlich erschwert.

Was auch gegen die neue Verordnung der Reichsregierung zur Erschwerung von Auslandsreisen in verschiedenen Blättern gesagt wird, das Argument ist jedenfalls nicht durchschlagend; daß gerade die Geistesarbeiter, die neue Eindrücke dringend brauchen, dadurch aufs schwerste geschädigt seien, zumal Ausnahmen aufgefunden sind. In der Hauptsache wird derjenige Geistesarbeiter — und das ist die Mehrzahl — der durch die Inflationszeit aufs Schwerste betroffen ist, wenn er wirtschaftlich denkt und handelt, von einer Auslandsreise überhaupt absehen. Außerdem handelt es sich um eine vorübergehende Maßnahme, die sicher aufgehoben wird, sobald die Lage unserer Währung dies gestattet. Daß die Neureichen und Wohlhabenden durch die 500 M. Ausreisegeldgebühr kaum abgehalten werden, ist richtig, aber sie sollen auch darüber hinaus einer besonderen Nachprüfung als Steuerzahler unterworfen werden.

Die Erfordernisse der Stunde gehen aber sicherlich noch weiter. An Hand der Einzelziffern der Handelsbilanz wird nachzuprüfen sein, wo der Hebel jeweils anzusetzen ist. Wird dem Luxusimport nicht zu Leibe gegangen, — das deutsche Volk hat in einem Monat 125 Millionen allein für Südschokolade ins Ausland hingegeben — die Ausgaben für französische und belgische Spigen, Wäsche, Parfüms, für englische Stoffe, für russischen Kaviar nicht gerechnet —, dann werden die Schwierigkeiten unserer Währung und Wirtschaft immer größer. Dazu kommt, daß gerade das Geld, das für Luxuswaren ins Ausland geht, als Sparkapital angelegt, in erheblichem Maße dazu beitragen würde, die Kreditnot zu mildern, oder zum Kauf für deutsche Waren verwendet, die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Hier wäre ein Tätigkeitsgebiet für einen großen deutschen Volksbund, der einmal da erzieherisch wirken müßte, wo der Reichsregierung infolge drohender Gegenmaßnahmen des Auslands, die Hände gebunden sind, und das Wort „Sparen!“ mit großen Lettern immer wieder jedem ins Gedächtnis schreiben sollte. Das wäre doch eine Linie, auf der sich das ganze deutsche Volk finden könnte und müßte. In der Richtung zum volkswirtschaftlichen Denken ist noch vieles bei uns zu tun. Eine Rückwirkung auf die dringend notwendige einheitlichere Gestaltung unserer innenpolitischen Verhältnisse würde zudem sicher nicht ausbleiben. Der Bund müßte erforderlichenfalls auch gegen Waren aus Staaten, die uns auf das unerhörteste schikanieren, wie Frankreich, den Boykott verhängen können. Auf solche Weise haben andere Länder bereits Feindvölkern, gegen die sie sich nicht mit den Waffen wehren konnten, empfindliche Lehren erteilt. Heute ist es nicht mehr so wie in der ersten Nachkriegszeit, daß wir suchen müßten, um jeden Preis Lebensmittel hereinzubekommen. So lange die Stabilität unserer Währung aufrechterhalten wird — und dazu muß gerade eine Kontingentierung des Imports auf das unbedingt Notwendige dienen — steht uns der Weltmarkt offen. Auf Länder wie Frankreich aber sind wir am wenigsten angewiesen.

Auf dem Geldmarkt machen sich die im Interesse der Währung von der Reichsbank getroffenen Kreditbeschränkungen, wobei u. a. die Finanzierung von Luxusimporten ausgeschlossen wird, geltend. Wenn nicht alles kündigt, sehen wir einer ersten Kreditkrise entgegen, die nun kommt, nachdem wir eine Art Kreditinflation erlebt haben, und die Reichsbank, wie sie eingesehen hat, zu freigebig war. Andererseits tritt jetzt die Golddiskontbank ins Leben. Ihre Aufgabe, für produktive Zwecke, also in erster Linie zur Beschaffung von Rohstoffen für Exportwaren, Kredite zu geben, ist u. a. auch die, regulierend auf die deutsche Produktion zu wirken. Auf den Börsen herrscht Unsicherheit und Nervosität, da Gerüchte über drohende Insolvenzen nicht zum Schweigen kommen wollten. Auf den internationalen Valutamärkten zeigte sich in den letzten Tagen eine leichte Tendenz zur Besserung der Papiermark.

Die Vorschläge der Sachverständigen über deren Inhalt das Wesentliche bereits mitgeteilt ist, wollen Deutschland außerordentlich schwere Lasten auferlegen und eigentlich kein Moratorium gewähren, wenn auch in den ersten Jahren erhebliche Erleichterungen. Dazu teilen sie nichts über die Höhe der gesamten Reparationssumme, noch etwas über die Dauer der Zahlungen und Leistungen mit. Andererseits, und das ist ihr positiver Inhalt, bringen sie doch tatsächlich einen Reparationsplan, dessen Erfüllung sie davon abhängig machen, daß Deutschland die fiskalische und wirtschaftliche Verfügung über Rhein und Ruhr erhält. Die Bedingung der Sachverständigen ist also eine vollkommene Aenderung der belgisch-französischen Politik. Das Wirtschaftsleben Deutschlands — heißt es an anderer Stelle — müsse sich frei entwickeln können. Nichts ist aber darüber gesagt, ob die durch den Versailler Vertrag und andere Abmachungen gegen den deutschen Handel auf dem Weltmarkt errichteten Schranken nun fallen sollen.

Der weitere Verlauf der Dinge wird zunächst von dem Vorgehen der Reparationskommission, an die die Vorschläge der Sachverständigen gerichtet sind, abhängen. Erst wenn die Reparationskommission sich an Deutschland wendet, wird die Reichsregierung sich dazu äußern und die Verhandlungen können beginnen. Sollte man von dort aus wieder nach Versailler Diktaturmuster oder ähnlich vorgehen wollen, so wäre keine Aussicht, zu einem Ergebnis zu kommen, denn keine deutsche Regierung könnte sich darauf einlassen. Ein solches Vorgehen widerspricht übrigens auch der ganzen Tendenz der Vorschläge der Sachverständigen, da, wie sie deutlich erklären, auf eine Verfriedigung, nicht auf einen Konflikt hinarbeiten wollen.

Reparationskommission und Sachverständige

Die Reparationskommission beabsichtigt am heutigen Freitag in nicht offizieller Sitzung zunächst einen unverbindlichen Meinungsaustausch über die Sachverständigen-Vorschläge zu pflegen. Die Frage, ob die Kommission selbst zu dem Gutachten und den Vorschlägen der Sachverständigen Stellung nehmen oder ob sie die Entscheidung den Alliierten überlassen wird, ist noch ungeklärt, und die in Pariser Blättern aufgestellte Behauptung, daß Deutschland wahrscheinlich bereits zu Beginn der nächsten Woche aufgefordert werde, sich gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrages zu dem Zahlungsplan des Komitees Daves zu äußern, erscheint mindestens verfrüht. Es besteht jedenfalls Grund zur Annahme, daß über diese Frage zunächst unter den alliierten Regierungen verhandelt werden wird.

Die französische Presse legt in der Beurteilung der Sachverständigen-Vorschläge eine Vorsicht und Zurückhaltung an den Tag, die auf eine höhere Direktive schließen lassen. Die offiziellen Zeitungen vermeiden es geflissentlich, sich nach irgend einer Seite hin festzulegen. Die Vorschläge werden als Kompromiß bezeichnet, das zahlreiche französische Hoffnungen und Wünsche unerfüllt läßt, aber doch den Grundsatz anerkennt, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen in der Lage sei. Dagegen fehlt jede Äußerung darüber, inwiefern Frankreich bereit ist, sich die von den Sachverständigen als *conditio sine qua non* verlangte Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu eigen zu machen, d. h. die Politik vom 11. Januar 1923, dem Tag des Einbruchs ins Ruhrgebiet, fallen zu lassen. Ganz offensichtlich scheint man hier zunächst einmal das Echo aus Deutschland abwarten zu wollen in der stillen Hoffnung, daß eine Ablehnung der Vorschläge durch Deutschland Frankreich eine schwere und unter Umständen folgenschwere Entscheidung ersparen würde. Nur die linksstehenden Organe wagen sich rückhaltlos zu der von den Sachverständigen empfohlenen Lösung zu bekennen und sprechen sie als den Beginn einer neuen Politik an, die endlich den lächerlichen Versuch aufhebe, Deutschland durch Gewaltmaßnahmen den Willen zum Zahlen zu beibringen zu wollen. Im nationalistischen „Echo de Paris“ wird den Experten zum Vorwurf gemacht, daß sie von Frankreich die Aufgabe der Ruhepolitik fordern, ohne das System produktiver Pfänder durch andere wirksame Garantien zu ersetzen. Die vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen seien kein ausreichendes Aquivalent. Da die Mobilisierung der deutschen Schuld nicht ohne die Mitwirkung Deutschlands möglich sei, so seien der politischen Erpressung Tür und Tor geöffnet und es werde wahrscheinlich nicht lange dauern, bis die amerikanische und englische Finanz erklären werde, daß sie ihre Beteiligung an einer Reparationsanleihe von der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet abhängig mache. In den gemäßigten Organen kommt verschiedentlich die Befürchtung zum Ausdruck, daß mit den Vorschlägen der Sachverständigen nur eine Seite des Reparationsproblems gelöst werde, die finanzielle, daß aber die politische Seite (Sicherungsproblem) noch Verhandlungen zwischen den Alliierten erfordere, deren Dauer man auf Monate veranschlagen müßte.

In London erwartet niemand eine rasche Entscheidung. Man nimmt an, daß zunächst Deutschland von der Reparationskommission aufgefordert wird, dazu Stellung zu nehmen,

während gleichzeitig die direkten diplomatischen Verhandlungen mit England und Frankreich über die politische Seite der Entscheidung wieder aufgenommen werden, die im Expertenbericht nicht behandelt wird, sondern ausdrücklich den alliierten Regierungen vorbehalten blieb. In diesen Verhandlungen hat Frankreich die Waffe, daß es einen Ausgleich bereiten kann, während England die Waffe hat, die Hauptgeldgeber bei der Finanzierung der Sachleistungen für die Zeit des sogenannten Moratoriums zu sein.

Das Reichskabinett und das Gutachten

Das Reichskabinett wird sich in seiner heutigen Sitzung mit den Sachverständigen-Gutachten beschäftigen. Wie die Berliner Blätter mitteilen, wird die deutsche Regierung die Lösung der mit dem Sachverständigenbericht zusammenhängenden Fragen nicht etwa bis nach den Wahlen verschieben. Es besteht die Auffassung, daß die deutsche Regierung einer Aufforderung der Reparationskommission um Stellungnahme zu den Sachverständigen-Gutachten im Interesse des deutschen Volkes sofort entsprechen werde.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge werden auch die großen wirtschaftlichen Verbände, die in den nächsten Tagen zusammenkommen, über die Sachverständigen-Gutachten beraten.

Weiteres aus dem Bericht der Sachverständigen

Aus dem Bericht der Sachverständigen seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Es wird zunächst betont, daß das Gutachten mit Einstimmigkeit abgegeben worden sei. Es stellt dann seinen Vorschlägen folgende allgemeine Leitätze voraus: Der Plan ist ein unteilbares Ganzes. Es ist unmöglich, daraus einzelne Vorschläge anzunehmen oder abzulehnen. In diesem Falle oder im Falle ungebührlicher Verzögerung in der Ausführung des Planes überhaupt, lehnen die Sachverständigen jede Verantwortung für den Erfolg ab. Der Plan hat ferner die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung, da der Ausgleich des Budgets und die Stabilisierung der Währung, sowie die Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredits Deutschlands nur unter dieser Voraussetzung möglich ist. Es müssen deshalb auch alle Sanktionen, die die wirtschaftliche Produktion hindern, zurückgezogen oder entsprechend geändert werden. Werden diese Voraussetzungen hinausgeschoben oder verzögert, ändern sich entsprechend auch alle übrigen Daten des Zahlungsplanes. Die Sachverständigen betonen ferner, daß sie bestrebt gewesen seien, die Lasten so zu gestalten, daß dadurch die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter das Niveau der Lebenshaltung in den alliierten und europäischen Nachbarländern herabgedrückt wird, welche auch ihrerseits schwere Lasten aus dem Kriege zu tragen haben. Der gesamte Zahlungsplan ist auf dem Gedanken aufgebaut, Höchstleistungen festzusetzen, die Deutschland jährlich in der eigenen Währung zahlen kann. Er sieht davon ab, ein für alle mal eine Totalbelastung für Deutschland zu fixieren. Er soll deshalb auch nicht die Lösung des gesamten Reparationsproblems sein, vielmehr nur die Regelung für genügend lange Zeit, um das allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Der Plan sei aber gleichzeitig so gefaßt, daß darauf eine endgültige und vollständige Lösung des gesamten Reparationsproblems und aller damit verbundenen Fragen aufgebaut werden kann, sobald das die Umstände gestatten.

1. Stabilität der Währung und Notenbank

Der Bericht führt aus, daß die durch die Rentenbank erreichte Stabilität nicht die endgültige Regelung darstellen kann. Zur Erreichung einer dauernden Stabilität schlägt der Bericht alternativ vor, entweder die Schaffung einer neuen Notenbank in Deutschland oder die Reorganisation der Reichsbank. Die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Reichsbank ist also vorgesehen. In jedem Falle soll ein einheitliches Währungsgeld in Deutschland geschaffen werden. Die Notenbank soll für die Dauer ihres Notenausgaberechtes (50 Jahre) ausschließlich das Notenprivileg haben (jedoch unter Beibehaltung der Privatnotenbanken, vorerst auch der Rentenbank). Alle auf Papiermarkt lautenden Zahlungsmittel sollen aus dem Verkehr verschwinden. Die neuen Banknoten sollen zu wenigstens einem Drittel mit Gold oder Golddevisen gedeckt sein. Dabei ist im wesentlichen an Guthaben bei ausländischen Banken gedacht. Der Bericht sieht vor, daß die auszugebenden Noten normalerweise in Gold einlösbar sind, betont aber, daß nach Ansicht der Experten bei Errichtung der Bank die Verhältnisse die Einlösung der Noten noch nicht gestatten werden. Die Einlösung soll aber Platz greifen, sobald die Verhältnisse es gestatten.

Die Notenbank ist im wesentlichen gedacht als „Bank der Banken“, die nur sichere, kurzfristige Wechsel zu einem von ihr festzusetzenden Diskontsatz diskontiert und im übrigen Sitzgeleiher annimmt. Die Bank soll die Kassenführung für das Reich ausüben, soll auch kurzfristige Darlehen an das Reich geben, aber die Beträge und die Art dieser Darlehen (höchstens 100 Millionen Mark für längstens drei Monate) sollen im Bankgesetz genau festgelegt werden. Das Reich soll an den Gewinnen der Bank Anteil haben, die Bank soll aber von jedem Regierungseinfluß frei sein. Die Bank soll ein Kapital von 400 Millionen Goldmark haben, von denen 300 Millionen in Deutschland und im Ausland durch Zeichnungen aufgebracht werden sollen. Sie wird verwaltet von dem deutschen Präsidenten und einem, nur aus Deutschen bestehenden Direktorium, das einen konstanten Weirat (gedacht ist wohl an die Aufrechterhaltung des Zentralausschusses) haben kann. Neben dem deutschen Direktorium ist ein „general board“ eingesetzt, das aus sieben Deutschen und sieben Ausländern besteht. Es faßt seine Entscheidung mit einer Majorität von 10 Mitgliedern. Dieses „general board“ hat gewisse Vollmachten in denjenigen Fragen, die die Interessen der Gläubigerstaaten betreffen. Ein ausländisches Mitglied dieses „general board“ soll „commissioner“ sein. Er hat darüber zu wachen, daß die Vorschriften, die sich auf die Notenausgabe und die Aufrechterhaltung der Notenbank beziehen, beachtet werden. Das „general board“ kann auch mit einfacher Mehrheit beschließen, wenn der Präsident und der „commissioner“ in dieser Majorität enthalten sind. Für seine Aktionsfähigkeit ist daher eine Kooperation zwischen der deutschen und der ausländischen Gruppe stets notwendig. Ein umfangreicher, besonderer Annex enthält einen bis ins einzelne detaillierten Plan über die Bank.

2. Die deutsche Reichsbahn

Aus dem Reichsbahnunternehmen soll eine Aktiengesellschaft gebildet werden. Diese Aktiengesellschaft wird vorweg mit einem Betrage von 11 Milliarden Goldmark-erstelliger Obligationen belastet, die mit 5 Prozent jährlich zu verzinsen und mit 1 Prozent jährlich zu tilgen sind. Die jährliche Leistung von 660 Millionen Goldmark ist in die Reparationskasse zu bezahlen. In voller Höhe ist diese Zahlung erst vom vierten Jahre ab zu leisten. Sie beträgt im ersten Jahr 350, im zweiten 465, im dritten 550 Millionen Goldmark. Das Aktienkapital der Reichsbahn-Gesellschaft von insgesamt 15 Mil-

liarden Goldmark soll in zwei Milliarden Goldmark Vorzugsaktien und 13 Milliarden Goldmark Stammaktien zerfallen. Dem Reiche gehören die gesamten Stammaktien sowie 500 Millionen Goldmark der genannten Vorzugsaktien, während 1,5 Milliarden Goldmark dieser Vorzugsaktien für die eigenen finanziellen Zwecke der Reichsbahn-Gesellschaft verwendet werden können.

Der Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft ist deutsch, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat besteht im übrigen aus 18 Mitgliedern, von denen je die Hälfte von der deutschen Regierung und von einem Treuhänder der Obligationäre bestellt wird. Die vom Treuhänder zu bestellenden 9 Mitglieder sollen fünf Deutsche sein, so daß also im ganzen der Verwaltungsrat aus 14 Deutschen und vier nichtdeutschen Mitgliedern besteht. Die Reichsbahn-Gesellschaft soll in ihrer Geschäftsführung vollständig frei sein. Die Rechte der Reichsregierung hinsichtlich der Tarif- und Betriebsaufsicht sind grundsätzlich anerkannt. Zur Wahrung der Interessen der Obligationäre wird ein besonderer Eisenbahn-Kommissar bestellt. So lange der Zinsendienst nicht rot leidet, wird sich seine Tätigkeit im wesentlichen darauf beschränken, den Stand des Unternehmens, namentlich in finanzieller Hinsicht zu beobachten und darüber zu wachen, daß die Interessen der Gläubiger nicht gefährdet werden.

Dem Bericht ist als Anhang ein Gutachten des vom Komitee beauftragten besonderen Eisenbahnsachverständigen beigefügt. Dieses Gutachten, auf welches der Komiteebericht sich stützt, bezieht sich auf verschiedene Stellen die betriebliche Vereinigung der Rhein- und Ruhr-Bahnen mit dem übrigen Reichsbahnnetz als Voraussetzung für den Erfolg seiner Vorschläge.

3. Finanzielle Bestimmungen

Das Gutachten schlägt folgende Leistungen vor:

- a) Für die Moratoriumszeit:
 1. Jahr 1924/25 1200 Millionen Goldmark und 800 Millionen aus einer auswärtigen Anleihe und 200 Millionen aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen. Die 800 Millionen dienen zur Finanzierung der Sachleistungen und der Besatzungslosten. Soweit Anleihen nicht zustandekommen, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden.
 2. Jahr 1925/26 1220 Millionen Goldmark bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen und Industrieobligationen und 500 Millionen aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Eisenbahn.
 - b) Für die Übergangszeit:
 3. Jahr 1926/27 1200 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen und Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln.
 4. Jahr 1927/28 1750 Millionen, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen und Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln. Die Leistung für das 3. und 4. Jahr können sich um bis zu 250 Millionen erhöhen und ermäßigen je nach der Höhe des 3. Teils des Betrages, um den die kontrollierten Budget-Einnahmen im Jahre 1926/27 100 Millionen und im Jahre 1927/28 1250 Millionen übersteigen oder unterbleiben.
 - c) Normaljahr:
 5. Jahr 1828/29 2500 Millionen, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen und Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln. Zu den Jahresleistungen, die vom 5. Jahre ab (Normaljahr, das ist das Reparationsjahr 1928/29) in Höhe von 2500 Millionen Goldmark zu übernehmen sind, sollen in den darauf folgenden Jahren Zusatzbeträge gezahlt werden, die sich nach einem kombinierten Index errechnen.

Komponenten des Index sollen sein:

- a) Die Gesamtsumme der deutschen Aus- und Einfuhr,
- b) Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts des Reichs, von Preußen, Bayern und Sachsen, wobei auf beiden Seiten Zahlungen auf Grund des Friedensvertrages abgezogen werden sollen, c) die Güterverkehrsleistungen der Eisenbahn, d) der Gesamtverbrauch von Zucker, Tabak, Bier und Alkohol, berechnet nach den Verbraucherpreisen, e) die Bevölkerungszahl, f) der Kohlenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung, wobei die Steinkohle zugrunde gelegt wird und die Braunkohle aus Steinkohle umgerechnet werden soll. Bei

Bemessung der Leistungen

unterscheiden die Sachverständigen scharf zwischen den Summen, die Deutschland für Reparationszwecke überhaupt aufbringen kann und den Markbeträgen, die an das Ausland übertragen werden können. Sie stellen fest, daß Zahlungen nach Außen nur aus dem Überschuß der Wirtschaftsbilanz bewirkt werden können. Die Sachverständigen schlagen die Summen, die Deutschland aufbringen kann, zunächst lediglich unter Berücksichtigung der Möglichkeiten seines Haushalts, schlagen aber gleichzeitig Sicherungen gegen die Verbringung der Markbeträge ins Ausland vor, soweit eine solche Verbringung die Stabilisierung der Währung zerstören und dadurch die künftigen Reparationsleistungen gefährden würde. Alle Zahlungen sollen in Goldmark oder zum Gegenwert in deutscher Währung erfolgen. Die Bestimmungen darüber, welche Beträge ins Ausland überführt werden können, trifft der „Agent für Reparationszahlungen“ mit vier Währungs- und Finanzsachverständigen aus den alliierten Ländern. Mit der Abführung der Markbeträge an die „Agenten“ gilt die Verpflichtung Deutschlands als erfüllt.

4. Belastung der Industrie

Der Industrie, dem Handel und dem Verkehr wird eine Belastung von fünf Milliarden Goldmark auferlegt, die in sogenannten Industrie-Schuldverschreibungen mobilisiert werden soll. Die Schuldverschreibungen sind nach einer geringeren Verzinsung in der Übergangszeit vom vierten Jahre ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

5. Kontrolle

Die Reparationsleistungen sollen durch bestimmte Einkünfte gesichert werden. Von mittelbaren und unmittelbaren Beschäftigungen der deutschen Finanzgebarung wird abgesehen, wenn nicht ein beabsichtigter Verlust Deutschlands gegen die jetzt übernommenen Verpflichtungen vorliegt. Zolleinkünfte und Abgaben auf Tabak, Bier, Zucker und Alkohol sollen einen besonderen Post bilden, von dessen Gesamtaufkommen seitens besonderer Kontrollstellen zunächst die Leistungen für die Alliierten abgezogen und nur der Rest Deutschland zur Verfügung gestellt wird. Die Kontrolle soll alsbald beginnen. Ein mit Befugnissen ausgerüsteter Kommissar darf bei Verringerung der Beträge eingreifen. Die Einnahmequellen erstrecken sich über alle Arten, so daß sie alle Kosten enthalten, die aus dem Kriege entstanden sind, insbesondere die Reparations- und Besatzungslosten, Ausgleichszulagen, Kosten für die Kontrollkommission usw. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheit Deutschlands im besetzten Gebiet wird an verschiedenen Stellen des Berichts als Vorbedingung bezeichnet. Es wird erklärt, daß bei den gegenwärtig bestehenden fiskalischen und wirtschaftlichen Beschränkungen in dem besetzten Gebiet die Wiederherstellung des deutschen Kredits im Inlande und Auslande und der deutschen Zahlungsfähigkeit unmöglich ist. Die Sachverständigen sehen sich daher gezwungen, davon auszugehen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches wieder hergestellt wird. Alle

ihre Verschönerung auf dieser Annahme aufgebaut; nur wenn die wirtschaftliche und finanzielle Höhe des Reiches für seine ganzen Gebiete wieder hergestellt werde, könne Deutschland aus eigenen Kräften sein Budget balanzieren. Die Durchführung der Leistungen muß hinausgeschoben werden, wenn die Wiederherstellung verzögert wird. Auch werden alle Fristen nur unter der Voraussetzung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Höhe Geltung haben.

Das Moratorium für Deutschland liegt verfiert, indem das Reich als solches bis 1928/29 nichts wesentliches bezahlen soll. Wesentlich ist die Auffassung, daß nur aus dem wirtschaftlichen Überschuß Zahlungen erfolgen dürfen, womit ein sehr wichtiger Grundsatz aufrechterhalten wird. Trotzdem werde so ungeheuer hohe Jahreszahlungen für möglich gehalten.

Der Bericht des 2. Ausschusses

Der Bericht des Komitees Max Kenna schätzt die deutschen Guthaben im Ausland Ende 1923 auf rund 6 1/2 Milliarden, die Guthaben der Ausländer in Deutschland auf 1-1 1/2 Milliarden. Als einziges Mittel, die geflüchteten Kapitalien wieder zurückzuführen, wird die Befestigung der Gründe betrachtet, die die Abwanderung verursacht haben, d. h. vor allem eine stabile Währung zu schaffen, welche eine Inflation verhindert.

Politische Neuigkeiten

Schacht über Währung und Wirtschaft

Auf einer Tagung des Verbandes sächsischer Industrieller in Dresden hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine bedeutende Rede, in der er u. a. ausführte:

Das größte Hemmnis, daß wir nach dem Kriege zu keinem Frieden kommen können, liegt darin, daß wir kein souveräner Staat sind, daß unsere Grenzen im Westen offen liegen und das Loch im Westen eine offene Wunde ist, aus der uns fortwährend Blut abgezogen wird. Trotzdem ist uns Wunderbares gelungen: Wir haben unser Budget aus eigener Kraft ins Gleichgewicht gebracht. Separatistische und partikularistische Bestrebungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sind niedergedrungen, die Reichseinheit ist erhalten geblieben, dem Währungszersetzungsgebot geboten worden und wir haben die bürgerliche Wirtschaftsordnung gerettet.

Die großen Verdienste der Kabinette Stresemann und Marx sind die Rettung der Reichseinheit und der individualistischen Wirtschaft. Es ist freilich ein schwerer Fehler, wenn weite Kreise der Bevölkerung den transitorischen Charakter der Rentenmark außer Acht lassen. Den transitorischen Charakter haben alle Wäters der Rentenmark anerkannt. Diese Erwägung wird auch von geschichtlichen Beispielen diktiert. Die bänische Rentenmark von 1813 war auf denselben Prinzipien aufgebaut, wie unsere Rentenmark. Ich hoffe, daß dadurch den Vätern unserer Rentenmark nicht das Gefühl des Plagiats kommt. (Heiterkeit.) Aber wir müssen aus den geschichtlichen Beispielen lernen. Damals ist es nicht gelungen, auf die metallische Grundlage zu kommen und die Folge war eine jahrelange dabinziehende Währungskrise. Die Maßnahmen, die den Wert der Rentenmark erhalten sollen, sind zweierlei Natur; erstens dürfen Kredite nur auf werbeständiger Basis vergeben werden, denn dadurch fällt der Anreiz fort, das Zahlungsmittel zu gefährden, zweitens dürfen die unlaufenden Mengen nicht über ein gewisses Maß gesteigert werden, nämlich über das Maß, das eine reibungslose Zirkulation garantiert. Unser gesamter Umlauf hat bereits 3 Milliarden überschritten. Die Wirkung der freigegebenen Kreditpolitik ist auch nach der günstigen Richtung nicht ausgeblieben. Wir haben seit Januar einen Rückgang der Emmissionsziffer um ein Drittel. Die Industrie hat eine starke Belebung erfahren. Allein der Einbruch ist nicht zu bedauern, daß die Beförderung der Lage der Industrie auf der Steigerung des Inlandskonsums beruht, nicht auf der Steigerung des Exports. Die Passivität der Handelsbilanz betrug im Januar 135 Millionen, im Februar 260 Millionen.

Womit haben wir diese 400 Millionen bezahlt? Ich glaube, einmal sind die wenigen vorhandenen Devisen fast vollständig verkauft worden und zweitens durch die Inanspruchnahme ausländischer Kredite. Da diese Kredite kurzfristig waren, macht sich bei der Liquidierung ein starker Devisen nach Devisen geltend. Den hohen Anforderungen steht nur ein kleines Angebot gegenüber. Das veranlaßt die Devisenbedürftigen, die verlangten Beträge höher zu veranschlagen. Die Folge ist ein weiter reduziertes Angebot. Um die Lücke, daß wir den Devisenbedarf nicht decken können, kommen wir nicht herum.

Die Rentenmark ist keine Goldmark. Man darf also keine Devisenverpflichtungen eingehen, wenn man nur in Rentenmark zahlen kann. Daher können Kolonialanleihen nur in engstem Rahmen gewährt werden, nicht aber Kredite für Pflanzartikel, Süßfrüchte und dergleichen. Ich glaube, in dieser Beziehung ist man schon sehr weit gegangen.

In erster Linie mußte der Kreditnot der Landwirtschaft abgeholfen werden. Wir mußten unter allen Umständen Saatgut und Düngemittel bereitstellen. Wir haben die ursprüngliche Absicht, 600 Millionen für die Industrie und 600 Millionen für die Landwirtschaft zu gewähren, um mehr als 200 Millionen zugunsten der Landwirtschaft überschritten, weil wir die Notwendigkeit dazu einsehen. Zum Dank dafür werde ich in jeder zweiten oder dritten Nummer der agrarischen Blätter angegriffen. Die Reichsbank befindet sich zwischen der Sylla der Inflation und der Charibdis der Wirtschaftskrise. Für Luxusimporte geben wir überhaupt keine Kredite mehr. Wir müssen das tun, wenn wir die Währung halten wollen. Wir wollen sie halten und ich darf hinzufügen:

Wir dürfen nicht vergessen, daß sich in Deutschland keine Währung halten kann, die nicht auf Gold gestellt ist. Ich bin entschlossen, auf diesem Weg Schritt für Schritt weiter zu gehen. Soeben erhalte ich ein Telegramm, daß die Eingehungen auf die Goldkreditbank abgeschlossen sind. Die Goldkreditbank ist als ein reines Kreditinstrument gedacht. Der Diskont dürfte etwa um den der Reichsbank herum pendeln. Hauptsache ist, daß wir wieder die Zentralisation der Geldgebung in die Hand bekommen.

Ich habe den Bericht der internationalen Experten noch nicht genau studiert. Im wesentlichen ist zu begrüßen, daß das Reparationsproblem aus der politischen Atmosphäre herausgetragen worden und entwirrt ist. Die Experten haben es endlich auf eine rein wirtschaftliche Grundlage gestellt. Es geht nicht weiter, daß wir Milliarden für Besatzungskosten umsonst hinauswerfen. Es ist eine Schande, daß so etwas im Reichalter des Fortschritts möglich ist.

Das deutsche Volk hat seit dem Waffenstillstand 40 Milliarden guter Goldmark geleistet, von denen die Gegner 9 Milliarden anerkannt haben. Das deutsche Volk kann solche Leistungen nicht tragen, wenn ihm weiter durch das Loch im Westen systematisch das Blut abgezogen wird. Wir werden diesem Gedanken nicht an das Ende, sondern an den Anfang der Diskussion über das Reparationsproblem stellen. Die Souveränität muß in allen Gebieten wieder hergestellt werden. Der letzte französische Soldat muß aus dem Ruhr-

gebiet und aus Düsseldorf und Duisburg hinaus, wenn wir auf diese Sache überhaupt eingehen sollen. Wir sind am Ende unserer Kraft. Wir fordern, daß wir auf deutschem Boden deutsche Arbeit leisten können.

Zur Regierungsbildung in Bayern

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz erklärt, daß angesichts der Mehrheit der unparlamentarischen Parteien, Sozialdemokraten, Kommunisten und Volkslisten, die Bayerische Volkspartei kein besonderes Bedürfnis empfinden dürfte, in einen Wettlauf mit der Einheitsfront ihrer Wahlkampfgegner um die Regierungsbildung einzutreten. Es ist somit zu erwarten, daß die Bayerische Volkspartei nicht ohne weiteres die Führung bei der Regierungsbildung übernimmt. Sie wird das abwarten, was man ihr entgegenbringt. Aber, daß eine parlamentarische Kombination auf einer mittleren Linie gesucht und gefunden werden muß, das hat ein anderes Blatt der Bayerischen Volkspartei, die „Münchener Postzeitung“, bereits klar ausgesprochen.

Kurze Nachrichten

Fortschritt der Ricumverhandlungen. Wie in Berlin verlautet, werden die Verhandlungen über die Ricumverträge morgen fortgesetzt werden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß auch das Gutachten der Sachverständigen eine Belastung des deutschen Budgets für das Jahr 1924/25 für unmöglich erklärt und darum irgendeine Finanzierung der Ricumverträge durch das Reich nicht in Frage kommen kann.

Verlängerung des deutsch-englischen Abkommens. Das am 23. Februar zwischen der deutschen und der englischen Regierung geschlossene Abkommen über die Verabreichung der Reparationsabgabe aus dem Recovery-Akt ist verlängert worden. Es werden also die vereinbarten 5 Proz. von der deutschen Einfuhr in England vorläufig bis zum 15. Juni weiter erhoben. Die Geltungsdauer der Vereinbarung war bis zum 15. April begrenzt worden, weil man damals erwartete, daß eine Neuverteilung auf Grund der Sachverständigenberichte noch vor Ablauf dieses Termins getroffen werden könne.

Das Journalistengesetz. Der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Redakteure ist im Ministerium des Innern fertiggestellt. Seine endgültige Fassung wird der Entwurf auf Grund der Stellungnahme der Spitzenvertretungen des Berufsstandes erhalten.

Badischer Teil

Die Fortbildung der Gemeindepolizei

Von Oberregierungsrat Dr. P. A. Karlsruhe.

Für die Fortbildung der Gemeindepolizeibeamten hatten sich in der Vorkriegszeit hauptsächlich 2 Organisationsformen herausgebildet: die eine war der Zusammenschluß kommunaler Polizeiverwaltungen zu einer kommunalen Polizeischule, die andere bestand in der Beteiligung kommunaler Polizeibeamter an staatlichen Polizeischulungskursen. Zweck beider Einrichtungen war die schon damals anerkannte Notwendigkeit der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Gemeindepolizeibeamten, insbesondere in den größeren Gemeinden. Als Typ der ersten Organisationsform ist besonders bekannt geworden die Polizeischule in Düsseldorf, die von einer großen Zahl von Städten der Rheinprovinz eingerichtet und unterhalten wurde. Die Kosten der Ersteinrichtung wurden nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der beteiligten Städte umgelegt; die laufenden Kosten wurden gedeckt durch Erhebung eines Schulgeldes und durch Umlage auf alle die Gemeinden, die Schüler ent sandten. Von der zweiten Organisationsform hatte Baden schon vor dem Kriege Gebrauch gemacht, indem in Anlehnung an die sogenannte Schutzmannschule in Karlsruhe Ende 1913 Ausbildungskurse für Gemeindepolizeibeamtete eingerichtet wurden. Leider fand damals nur ein einziger Kurs statt, der geplanten Fortsetzung der Kurse bereitete der Ausbruch des Krieges ein Ende. Als bemerkenswert an jenen ersten Karlsruher Kurs sei hier bemerkt, daß in der lehrmäßigen Ausbildung schon damals Dattyloskopie und Dichtin-Dichtin vorgelesen waren und daß auch eine Schulung der Gemeindepolizeibeamten im praktischen Straßendienst in den Lehrplan aufgenommen wurde. Es zeigte sich also damals schon im Unterricht für die Gemeindepolizei der Einfluß der geistigerten Polizeitechnik, die heute im Straßendienst wie im Fahndungsdienst ein Gebot der Stunde ist.

Nach dem Krieg wurde der Gedanke der besseren Ausbildung der Gemeindepolizeibeamten, vornehmlich der berufsmäßigen Beamten, insbesondere von der Organisation der Gemeindepolizeibeamten wieder aufgenommen. Gemeinlich wurde sachliche Vorbildung und sachliche Fortbildung. Wenn auch die Ausbildung der kommunalen Polizeibeamten in erster Linie als Sache der Gemeinden selbst erscheint, so geboten doch die veränderten Verhältnisse, insbesondere die zunehmende Kriminalität auch auf dem Lande, eine gesteigerte Mithilfe des Staates.

Was die sachliche Vorbildung betrifft, so sei hier erwähnt, daß das neue badische Polizeigesetz ausdrücklich vorsieht, daß in Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern und in Stadtgemeinden, in denen sich der Sitz eines Bezirksamts oder Amtsgerichts befindet, künftig für den Polizeidienst nur solche Personen angestellt werden dürfen, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder eine Mindestzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerei zurückgelegt haben. Es ist jedoch damit noch nicht die Frage der Fortbildung der schon vorhandenen Gemeindepolizeibeamten gelöst.

Bei dem staatlichen Eingreifen auf letzterem Gebiet blieb Baden der ursprünglich gewählten Organisationsform getreu. Es wurden Ende 1922 bei der neuen staatlichen Polizeischule in Karlsruhe Fortbildungskurse für Gemeindepolizeibeamte eingerichtet, von denen bisher 3 stattgefunden haben. In jedem Kurs nahmen etwa 20 Beamte größerer und auch kleinerer Gemeindepolizeien teil. Den eigentlichen Schulaufwand, soweit ein solcher überhaupt entsteht, trägt der Staat, den Gemeinden fällt lediglich die Aufwandsentschädigung usw. für ihre Beam-

ten zur Last. Die Kurse von etwa vierwöchentlicher Dauer umfassen das theoretische und praktische Gebiet der Polizei, soweit es für die Gemeindepolizei in Frage kommt. Grundsatz der Kurse ist der Gesichtspunkt, der schon seiner Zeit von dem Verfasser der alten (jetzt wohl veralteten) Dienstweisung für die Gemeindepolizei in Baden — es war das der damalige Oberamtmann von Vörrach — aufgestellt worden ist: Jedem Polizeibeamten für seinen Dienst eine Anleitung zu geben, den strebsamen Mann aber in den Stand zu setzen, sich unter Benützung der ihm geeigneten Quellen und technischen Einrichtungen weiter fortzubilden. Denn ohne eigene Fortarbeit unter Anleitung der Gemeindepolizeivorgesetzten wird auch der beste Schulunterricht nicht dauernde Früchte tragen können.

Zum Abbruch des Eisenbahnerstreiks

Der stellvertretende Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe hat aus Anlaß des Abbruchs des Teilstreiks der Eisenbahnarbeiter an das Personal des Direktionsbezirks folgenden Aufruf gerichtet:

An das Personal des Reichsbahndirektionsbezirks!

Die Arbeit ist im Distriktbezirk überall wieder aufgenommen. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern, welche während des Teilstreiks zur ungeforderten Durchführung des Betriebes beigetragen haben, spreche ich die Anerkennung und den Dank der Verwaltung aus. Nun wollen wir alle wieder in Eintracht und voller Hingabe am Gelingen der Reichsbahn arbeiten!

Dies ist durch Anschlag dem gesamten Personal zur Kenntnis zu bringen.

Karlsruhe, den 10. April 1924.

Der Präsident der Reichsbahndirektion

J. B. Bitterich.

Zu den Lohnifferenzen in der Mannheimer Metallindustrie

erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Verhandlungen, die gestern in Karlsruhe vor dem Landesschlächter geführt wurden, noch kein Ergebnis zeigten, daß aber die Beteiligten am nächsten Montag vor einer Schlichtungskammer unter Vorsitz des Landesschlächters von Karlsruhe zu weiteren Verhandlungen zusammentreten werden.

27. ordentliche Hauptversammlung des Vereins Schwarzwälder Gasthofbesitzer, e. V.

DZ. Freiburg, 10. April. Im Europäischen Hof wurde im Anschluß an die gestrige ordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie die 27. ordentliche Hauptversammlung des Vereins Schwarzwälder Gasthofbesitzer e. V. durch den 1. Vorsitzenden L. Zoner-Badenweiler mit dem Jahres- und Kassenericht eröffnet. Man einigte sich auf folgenden Vorschlag: Der Jahresbeitrag beträgt für Häuser bis zu 20 Betten jährlich 20 M., für Häuser bis zu 50 Betten jährlich 30 M., für Häuser bis zu 80 Betten jährlich 40 M., und für Häuser über 80 Betten jährlich 50 M., wobei für die Beitragszahl der zuletzt herausgegebene Hotelführer von 1921 maßgebend sein soll. Einen längeren Vortrag hielt Johann Verheesdirektor Duffner-Freiburg über die Werbekunst im allgemeinen und die Kellame für das Hotelgewerbe im besonderen. Er zog dabei Vergleiche mit der auf der höchsten Stufe z. B. in der Schweiz und Italien stehenden intensiven Fremdenindustrie-Wirtschaftsform, wobei er insbesondere unterstrich, daß die deutsche Reichsbahn sich den Wünschen des Fremdenverkehrs besser anpassen müsse. Zum Schluß machte der Referent folgende Organisationsvorschläge zur Hebung des Reiseverkehrs: Schaffung eines amtlichen Spitzenorgans, des sogenannten Reichsverkehrsamtes, das dem Reichsverkehrsminister angegliedert werden könne. Nach unten hin könne dieser Organismus gliedert werden in amtliche Landesverkehrsämter, in Fremdenverkehrsämtern, in amtliche örtliche Stellen, wie Kommunal-Verkehrsämter, Kommissionen, Ausschüsse usw.

An die Ausführungen schloß sich eine längere Aussprache an, in der gefordert wurde, daß man nicht mehr in der Propaganda im Ausland mit dem Namen Baden operiere, sondern, daß im internationalen Reiseverkehr viel bekanntere Schlagwort Schwarzwald allen anderen voranstehe. Nachdem der Vorsitzende des Verkehrsvereins Freiburg, Pfender, sein diesjähriges Programm für die Tätigkeit des Vereins entwickelt hatte, beschloß man, in Zukunft mit dem Freiburger Verkehrsverein in punkto Kellame und Propaganda zusammenzuarbeiten. Einen breiten Raum nahm die Neuwahl des Vorstandes in Anspruch, der sich jetzt folgendermaßen zusammensetzt: 1. Vorsitzender: Strittmatter-Billingen, 2. Vorsitzender: Sommer-Freiburg, Jährlinger Hof. Außerdem werden noch 11 Mitglieder des Verwaltungsrates neu bestimmt, die sich in ihren Wohnorten über den ganzen Schwarzwald verteilen. Den Schluß der Sitzung bildete ein Vortrag des Verkehrsleiters Duffner über das in Freiburg geplante Weimuseum.

Aus den Parteien

Die Deutsche Demokratische Partei hat für die bevorstehenden Reichstagswahlen nachstehende Kandidatenliste eingereicht: 1. Dietrich Hermann, Minister a. D. und Hofbesitzer, Bildgutsch; 2. Dr. Haas Ludwig, Rechtsanwalt, Karlsruhe; 3. Scheel Alfred, Chefredakteur, Mannheim; 4. Dr. Kahlmann Johann, Lehramtspraktikant, Freiburg i. B.; 5. Burtkardt Otto, Tapeziermeister, Präsident des Landesverbandes der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Heidelberg; 6. Willareth Adolf, Handelschuldirektor, Forzheim; 7. Dr. Waldin Paul, Fabrikant, Lahr i. B.; 8. Schauer Martin, Landwirt, Niedlingen, (Amt Vörrach); 9. Dr. Thoma Richard, Universitätsprofessor, Heidelberg; 10. Hügler Karl, Landwirt, Mitglied des Landtages, Bahlsheim (Amt Stodach); 11. Daag Karl, Bürgermeister, Redarjimmern (Amt Rosbach); 12. Dr. Dünker-Banotti August, Amtsrichter, Karlsruhe.

Vom süddeutschen Getreidemarkt: Unter dem Titel „Süddeutsche Produktentörse“ erscheint erstmalig am 14. April ds. Jrs. als offizielles Mitteilungsblatt des Verbandes süddeutschen Getreidebesitzer und Mäcker, der Mannheimer Produktentörse, der ersten süddeutschen Börsen und zahlreicher Handelsvereine eine Fachzeitschrift für den gesamten westdeutschen Getreide-, Lebens- und Futtermittelhandel, herausgegeben von Syndikus Dr. Buh-Mannheim. Die Zeitschrift erscheint vom 1. Mai ab zweimal wöchentlich. Anfragen sind an die Geschäftsstelle Mannheim C 8 15 zu richten.

Kommunale Rundschau

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Mannheim. Vom Mannheimer Städt. Nachrichtenamt wird uns mitgeteilt, daß am 1. April d. J. die Zahl der Arbeitslosen 13 918 (10 676 männliche, 2 240 weibliche) betrug. Da am 26. März die Zahl der Arbeitslosen auf 13 904 sich belief, ist ein weiterer Rückgang um 888 eingetreten.

Die Mannheimer Industriezeitung hat die Mitteilung des Mannheimer Städt. Nachrichtenamts bekräftigt für den 9. April die Industriezeitung 1178,8 Milliarden. Da am 31. März die Industriezeitung 1153,9 Milliarden betrug, ist vom 31. März bis 9. April eine Steigerung um 2,2 Prozent eingetreten.

Wiederherstellung des Heidelberger Rathauses. Donnerstag vormittag fand hier unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Walz eine Feier der städtischen Kollegien zur Wiederherstellung des alten Rathauses statt, das in der Rosenmontagsnacht 1908 durch eine Feuersbrunst teilweise zerstört worden war. Durch die Kriegsjahre und infolge der Geldentwertung hatte sich die Wiederherstellung außerordentlich verzögert. Die Wiederherstellung paßt sich ganz dem Geiste des süddeutschen Nationalismus an, der das alte in den Jahren 1701 bis 1704 von Grafen unter Kurfürst Johann Wilhelm erbaute Rathaus als hervorragendes Baudenkmal auszeichnete. Ein noch älteres Rathaus an derselben Stelle war von Melac 1693 eingestürzt worden. Aus Anlaß der Feier ist der Baumeister Franz Kuhn, der sich um viele öffentliche Bauten der Stadt verdient gemacht hat, zum Ehrenbürger ernannt worden.

Der Bürgerausdruck Heibelberg beschäftigt sich mit Wohnungswesen. Es handelte sich in der Hauptsache um die Bewilligung von 630 000 M. für die Errichtung von 60 Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen, sowie um die Förderung der Bautätigkeit durch Nachlass von Gebühren und Bürgschaft der Stadt für Darlehen und Zinsgarantie. Die Vorarbeiten wurden schließlich fast einstimmig genehmigt.

Der Stadtrat in Bruchsal hat beschlossen, an der Handelsschule mit Beginn des neuen Schuljahres die englische Sprache als Pflichtfach einzuführen.

Auflösung des Kommunalverbandes Mühlheim. Der Kommunalverband Mühlheim wurde am 1. April aufgelöst. Er schloß mit einem Guthaben von über 30 000 M. ab.

Der Stadtrat Konstanz genehmigte die Einführung einer Sommerzeit am Stadttheater mit wöchentlich zwei Aufführungen. Der erforderliche Aufwand von 7000 M. soll durch die Fremdensteuer gedeckt werden. Das kleine Stammpersonal des Theaters wird durch erste Darsteller aus Mannheim, Stuttgart und München ergänzt. Spielzeit 15. Mai bis 20. August.

Kurze Nachrichten aus Baden

Früherverlängerung für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung. Das Reichsfinanzministerium hat die Frist für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung bis zum 30. April verlängert.

Vom Oberrhein. In den nächsten Wochen werden die offiziellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich über den Rückbau des Rheins bis zur Vermündung ihrer Anfang nehmen. Die Verhandlungen werden getrennt stattfinden zwischen den Vertretern der schweizerischen und französischen Regierung, sowie zwischen den schweizerischen Regierungsvertretern und dem Konzeptionsrat (Forces Motrices du Haut-Rhin).

Furtwangen (Bad. Schwarzwald). Der wirtschaftliche Aufschwung, den die meisten industriellen und gewerblichen Betriebe Deutschlands in den letzten Jahren trotz des verlorenen Krieges und der ungünstigen finanziellen Verhältnisse genommen haben, ist in nicht geringem Maße auf den Besuch der gewerblichen Unterrichtsanstalten von Einfluß gewesen. Nicht nur, daß die Schülerzahl derselben immer mehr zugenommen hat; der Umstand, daß ein erheblicher Teil der Besucher eine vielfach recht umfassende Mittelschulbildung aufweist, läßt erkennen, daß die Betätigung auf den gewerblichen und technischen Gebieten neuerdings eine erfreuliche und ihr zukommende Würdigung findet. Die gleichen Wahrnehmungen sind auch bei den beiden Furtwanger staatlichen Fachschulen, der Wärmeschule und der Schneiderschule in ganz erheblichem

Umfange zu machen. Die aus ganz Deutschland eingegangenen Anmeldungen konnten nur 3. T. berücksichtigt werden, weil nicht genügend Schülerplätze vorhanden waren; für das Ansehen der beiden Anstalten ein ebenso erfreulicher Beweis wie auch der Umstand, daß die aus ihnen hervorgegangenen Schüler bei den einschlägigen industriellen Betrieben sehr gesucht und die Stellenangebote zahlreicher sind, als die zur Verfügung stehenden Schüler. Auch das am 12. d. Mts. mit entsprechenden Veranstaltungen zum Abschluß kommende Schuljahr der beiden Anstalten hat wieder zu einem schönen Erfolg geführt, wie die Reichhaltigkeit und Gediegenheit der Schülerarbeiten erkennen läßt. Die Besichtigung der Ausstellung derselben in den beiden Anstaltsgebäuden in der Zeit vom 12.-21. d. Mts. kann jedermann nur dringend empfohlen werden. Auch der Besuch des neuen, am 1. Mai ds. J. beginnenden Schuljahres wird, wie die eingegangenen Anmeldungen beweisen, nichts zu wünschen übrig lassen; besonders bei der Wärmeschule ist zu bemerken, daß ein großer Teil der neu zugehenden Schüler schon ältere Leute sind, die die Anstalt nach bereits zurückgelegter Meisterlehre und z. T. mehrjähriger Praxis zum Zwecke einer Vertiefung ihrer Ausbildung zu besuchen beabsichtigen.

Ludwigsbad, 10. April. Die Spannung im Anilinmarkt wächst, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, je mehr die Not der ausgesperrten Arbeiterschaft zunimmt. Die langwierigen Verhandlungen haben bisher zu keinem Ziele geführt. Zwar hat die Anilinfabrik neuerliche Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufgenommen und über Lohnrückstellungen beraten. Das Hauptanliegen in Berlin hat neue Löhne für Baden und die Rückzahlung der chemischen Industrie festgesetzt, die eine Lohnrückbildung von rund 11 Proz. bringen würden. Jedoch können diese Lohnrückbildungen natürlich erst durchgeführt werden, wenn die Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen hat. Größere und kleinere Krupps ziehen durch die Straßen von Ludwigsbad und demonstrieren. Die ausgesperrten gehen mit Sammelzetteln von Geschäft zu Geschäft, begleitet von Frauen und Kindern, die im Falle der Verweigerung der Unterstützung eine drohende Haltung einnehmen. Heute bewegte sich ein Zug von 4000 bis 5000 ausgesperrten, Männern, Frauen und Kindern durch die Straßen der Stadt. Die Teilnehmer des Zuges hatten Brotkrumen unter dem Arm. Im Zuge wurden Tafeln mitgeführt mit Aufschriften wie „Rettet den Achtundzestag!“ usw.

Aus der Landeshauptstadt

Einlösung der Scheine unter 100 Billionen. Die Reichsbank ruft die einseitig bedruckten Scheine über 10 Billionen mit dem Datum vom 1. November 1923, sowie die Scheine über 100 Billionen mit Datum vom 26. Oktober 1923 zur Einlösung auf und bestimmt den 20. April 1924 als letzten Einlösungstag. Auf diesen Tag fällt aber das Osterfest, es besteht also gar keine Möglichkeit, an diesem Tage die Scheine noch an den Mann zu bringen. Es empfiehlt sich also mit der Einlösung nicht bis zum letzten Tag zu warten.

Ausfallende Lüge. Da am 19. April d. J. (Dienstag) in vielen Geschäftsbetrieben nicht gearbeitet wird, fällt an diesem Tage eine Anzahl hauptsächlich dem Arbeiterverkehr dienende Lüge aus. Die ausfallenden Lüge werden frühzeitig bekannt gemacht werden.

Arbeitsruhe am 1. Mai. Wie der „Volksfreund“ mitteilt, wurde Mittwoch Abend in einer Versammlung der Kartelldelegierten der Gewerkschaften beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

Die Handelsschule Karlsruhe veranstaltete Dienstag vormittag für die zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen der höheren Handelsschule und Erweiterten Handelsschule eine schöne, erhebende Entlassungsfeier. In den Mittelpunkt der Feier war Deutschlands größte Dichterin „Annette von Droste-Hülshoff“ gestellt, an ihre Seite ein anderer weltfährlicher Dichter, der unergiebliche Hermann Löns, der ebenso tief und innig wie Annette das hohe Lied der heimischen Scholle zu singen versteht. Ein kleiner Chor unter diskreter Lautenbegleitung interpretierte den Dichter aufs trefflichste. Zum Schluß der Feier gab der Leiter der Anstalt, Direktor Stemmer den scheidenden Schülern ein tief empfundenes und ernstes Geleitwort mit auf den weiteren Lebensweg.

Landestheater. Um an den letzten Proben zu seinem Drama „Waterland“ und an dessen Uraufführung am Samstag, den 12. April, teilzunehmen, ist der Dichter Emil Strauß hier eingetroffen. Die beiden Hauptrollen in dem von Felix Kaumbach inszenierten Werke spielen Martha Roeller und Friedrich Wilhelm Kaiser. Neben ihnen wirken in wichtigen Aufgaben noch die Damen Clement und Rasse, sowie die Herren Würtner, Dahlen, Brand, Gemmede, Herz, Klobbe, Müller und von der Trendelwitz. Zur Verklärung der großen Volksfiguren haben sich wiederum Damen und Herren aus Publikumskreisen in bankenwürdiger Weise zur Verfügung gestellt. — Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

IX. Sinfonie-Konzert des bad. Landestheaterorchesters. Gute alle Sinne ist es, die Bedeutung des Karfreitags auch im Konzertleben gegenüber dem Alltag hervorzuheben und mit der Aufführung eines größeren ersten Chorwerkes würdig auszustatten. Nachdem vor Jahresfrist das Landestheater Kantaten und besonders Rationalkantaten A. S. Bachs zum Vortrag gebracht hatte, soll nun in diesem Jahr zugleich als IX. Konzert im Rahmen der vom Landestheater-Orchester veranstalteten Sinfonieabende in der städt. Festhalle am Nachmittag des Karfreitags eine Aufführung der Matthäuspassion stattfinden, die seit geraumer Zeit hier nicht mehr gehört wurde. Die Leitung liegt in den Händen von Prof. G. R. Schmid, der dem Wunderwerk und besonders dem schwierigen chorischen Teil seit Monaten eine gründliche Vorbereitung hat zuteil werden lassen. Die Doppelchöre stellten die Chorgemeinschaft, die, wie man ja weiß, sich aus Bachverein, Chorleiterchor und Lehrergesangsverein zusammensetzt. Als Solisten sind vorzuziehen: Valentin Lubin aus Berlin, einer der besten deutschen Oratorienänger (Tenor), der heiligen Kräfte Frau Marie von Ernst (Sopran), Frau Ernestine Fräulein-Strasser (Alt), Herr Jan van Gorkom (Jesus) und Herr Rudolf Wast (Petrus). Die Aufführung beginnt nachmittags 4 Uhr.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. April		10. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 566 100	1 573 900	1 566 100	1 573 900
Kopenhagen	698 200	701 800	698 200	701 800
Napoli	185 500	186 500	185 500	186 500
London	18 205 000	18 295 000	18 205 000	18 295 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	247 400	248 800	256 400	257 600
Schwiz	737 200	740 800	737 200	740 800
Brig	125 600	124 600	127 100	127 900
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wandelgelder und als wertbeständige Effekte sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	9
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca.	10
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	2,2
7% Niederrhein-Gold-Anleihe	ca.	—
5% Preussische Rati-Anleihe pro 100 kg	ca.	2,3
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Str.	ca.	2,75
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca.	1
Dollarschatzungen des Deutschen Reichs 82-83 d. Niedrig.	ca.	4,2
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca.	4,2

Der Londoner Preis für Feingold. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 8. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 95 sh 3 d bezw. für ein Gramm Feingold 88,7483 pence.

Der Großhandelsindex. Die auf den 8. April des Jahres berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 1. April (12,0) mit 122,3 fast unverändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 107,7 (Brotwaren 107,7), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 89,7 (88,9), Industriestoffe 149,7 (149,9), davon die Gruppe Kohle und Eisen 139,1 (139,0), Inlandwaren 109,9 (109,6), Einfuhrwaren 184,6 (184,3).

Badisches Landestheater.

Samstag, 12. April. 7 h. n. 10 Uhr. Sp. I 4.20 M.
Abonnement B 18.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-700, 1101-1300, 3601-3800
Vaterland.
Drama in 5 Akten von Emil Strauß.

Spielplan vom 13.-22. April.
Im Landestheater. So. 13.* Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801-900, 1601-1900. **Die Zauberkiste.** 6 1/2 (Sp. I 7.20). — Mo. 14.* Volksbühne P 3 (halbes Haus) u. auch für das allgemeine Publikum. **Über die Kraft.** I. Teil. 7 1/2 (Sp. I 4.20). — Die 15.* Abonn. F 18. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3801-4000, 4301-4500, 7301-7400. **Palestrina.** 6. (Sp. I 5.40). — Mi. 16.* Abonn. D 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6701-6900, I. Sondergruppe. **Mignon.** Lothario; Kammeränger Jan van Gorkom a. G. 7 1/2 (Sp. I 5.40). — Gründo. 17.* Abonn. C 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6101-6500, 7801-8000. **Vaterland.** 7 1/2 (Sp. I 4.20). — Ostero. 20., Osterm. 21., jeweils Parsifal. 4 1/2 (Sp. I 8.00). — Die 22.* Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6501-6700, 6901 bis 7300. **Vaterland.** 7 1/2 (Sp. I 4.20).

Im Konzerthaus. So. 13.* **Alt-Heidelberg.** 7. (Park. I 3.-). — Osterm. 20., Osterm. 21., jeweils **Der Sprung in die Ehe.** (Erstaufführung.) Schwank in 3 Akten von Max Reimann und Otto Schwartz. 7. (Park. I 3.00).

In der Festhalle. Karfreitag, 18. **Matthäus-Passion.** Leitung: Professor H. K. Schmid. 4. (1.00 bis 3.50).

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten u. Vorzugskarten am Samstag, den 12., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 14., an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am **Vortag** der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-6 Uhr).

Rasierklingen gratis

sende ich, um eine neue für Selbstfratierer höchst wichtige Sache schnell bekannt zu machen, an jeden, der mir seine Adresse mitteilt. D.242
Frey's Spezialhaus, Berlin SW 48
Friedrichstraße Nr. 13/3.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Samstag, den 12. April, 8 Uhr abends
Erstaufführung des deutschen
Passions-Filmes
„Der Galiläer“
Aufgenommen gelegentlich der Freiburger Passionsspiele unter Mitwirkung der Gebrüder Fassnacht (Oberammergau)
Musikalische Vorträge am Harmonium
Herr Organist Th. Barner D.259
Vorverkauf: Musikhaus Möller, Kaiserstraße, Papierhandlung Eisele, Werderplatz

Sie sparen viel Geld

wenn Sie Ihren Bedarf in
Haushalt-, Toilette-, Seifenpulver, sowie
Wah- und Putzmittel jeder Art
bei mir beden. — Der weiteste Weg lohnt sich.
S. Kleiner, Seifenhaus
Waldhornstraße 23, Eingang Kaiserstraße
(neben Ruhlfhaus Galtler). D.219

Gesucht gewandter Tiefbautechniker

mit guten praktischen Erfahrungen im Kanal-, Straßen- und Brückenbau, selbständiges Arbeiten in Aufstellung sämtlicher Kostenboranschläge, Berechnungen usw., ff. Zeichner für das Stadtbaureamt. Eintritt möglichst sofort. Anstellung nach einem Probejahr. D.260
Bewerbungen unter Beifügung von Lebenslauf, Beschäftigungsgang, begl. Zeugnisabschriften, eventl. Probezeichnung, mit Angabe der gewünschten Gehaltsgruppe an das
Bürgermeisteramt Sigen-Ochterswil.

Woll- u. Seiden-Trikot

140 cm breit in allen Farben
zu Mark 9.- per Meter
W. BOLÄNDER

Städtische Anleihen.

Sämtlichen Inhabern von städtischen Schulverschreibungen aus den Jahren 1885 und 1899 bieten wir, obwohl die Stadt zur Aufwertung nicht verpflichtet ist, eine Aufwertung von 10% an. Die so aufgewerteten Beträge werden vom 1. April 1924 ab mit 5% verzinst und in 3-5 Jahresraten an die Inhaber zurückbezahlt. Diese werden aufgefunden, ihre Schulverschreibungen innerhalb 4 Wochen auf der Stadtkasse hier vorzulegen, damit die Aufwertung vermehrt werden kann. D.261
Schulverschreibungen, die innerhalb dieser Frist nicht vorgelegt werden, werden vorerst nicht aufgewertet, und es werden dafür auch keine Zinsen bezahlt.
Neustadt, den 8. April 1924.
Der Gemeinderat.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

In Fiesingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgedehnt.
B.100
Karlsruhe, den 9. April 1924. D.3-33
Bezirksamt II.

Metallbetten

Stahlmatt., Kamberbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Sußl (Würt.).

Nadelholz- (Grubenholz-) Verkauf.

Die Evang. Stiftskassenei Rosbach (Baden) verkauft freihändig aus ihren Beständen (ab Odenwald) etwa 6000 Ster Nadelholz-
holz mit Rinde, nämlich ca. 3000 Ster Nadelholzrollen über 14 cm Zapf, 250 m lang, ca. 1000 Ster 1,55 lang, 8-14 cm Zapf, ca. 1100 Ster 1,25 m lang, 4,5-8 cm Zapf, ca. 300 Ster 1,85 m lang, 11-14 cm Zapf; ferner ca. 50 Ster Särgrollen über 14 cm Zapf 1,02 m lang sowie ca. 700 fm. Grubenlangholz (14 cm aufwärts).
Vorzeiger des Holzges: Stiftsforster Wilhelm-Jaß-

renbach, Galm-Laudenberg, Ott-Langenel, Heß-Bagenschwend, Stiftsforstwart Dammschmied, Weber-Oberneudorf, Stiftsforstwart Dieß-Einbach, Rint-Oberseidental.

Zahlungsbedingungen der Bad. Staatsforstverwaltung (vorbehaltlich besonderer Vereinbarung).
Das Holz steht an guten Abfuhrwegen. Günstige Abfuhrverhältnisse. Brennholzläufer zugelassen.
Nähere Auskunft über Loseinteilung usw. nebst Auszug erteilt die Stiftskassenei. D.458

Angebote in Goldmark je Ster (Kammeter) bezw. je fm. beim Grubenlangholz innerhalb 14 Tagen bei der Verwaltung einzuliefern.
Zu vergeben das Verlegen von 4,0 km. Eisenbahnoberbau mit Holzschwellen auf der Neubaustraße Kitzsee - Seeburg (Eisenstraße Altglashütten-Abz.). Zeichnungen und Bedingungen sind einzusehen auf unserer Kanzlei, wo auch Angebotsbordrude zum Preis von 1 M. zu kaufen sind. Kein Verband nach auswärts. Die mit Aufschrift versehenen Angebote sind portofrei bis zum 23. April 1924, vormittags 11 1/2, zur Eröffnung einzuliefern. Zuschlagsfrist 7. Mai 1924. 83.73.2.1
Neustadt i. Schw., den 10. April 1924.
Zustellung.